

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin.

Berlin, den 26. Oktober 1918.

VIII/S.

EAV

In Circ V

29.10.18/

30.10.18.

Herr Bundespräsident,

Gestern bat mich Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche zu sich zur Besprechung von zwei Angelegenheiten. Die eine betrifft eine uninteressante Einreisesache. Die andere dagegen folgendes:

Herr Unterstaatssekretär machte mich auf die grossen Gefahren für die Bevölkerung der jetzt im Osten noch von deutschen Truppen besetzten Gebiete aufmerksam für den Fall, dass Deutschland genötigt würde, seine Truppen dort zurückzuziehen. Er sagte mir, dass anlässlich der kürzlichen Aufgabe eines kleinen Geländeabschnittes die Bolschewikis sich sofort auf die friedliche Bevölkerung gestürzt, gemordet und geraubt hätten. U. A. hätten sie z. B. einer ganzen Familie die Köpfe abgehauen und dieselben auf den Tisch der Wohnung aufgestellt. Er liess durchblicken, dass es im Interesse der Menschlichkeit gelegen wäre, wenn neutrale Staaten wie z. B. die Schweiz, Wilson und die anderen massgebenden Persönlichkeiten der Entente auf diese Verhältnisse aufmerksam machen würden.

Da sich die Erzählungen z-ahlreicher, hier im Laufe des Sommers und des Herbstes durchgereister Schweizer mit diesen Ansichten decken, halte ich es für eingebracht, Ihnen von den Worten des Unterstaatssekretärs Kenntnis zu geben.

Herrn Bundespräsident Calonder,

Chef des Politischen Departementes,

B e r n.

BAR

133

Dodis



Ich erlaube mir aber noch beizufügen, dass die Schweiz nicht ^{nur/} aus Gründen allgemeiner Menschlichkeit an der Sache interessiert ist, sondern auch noch aus rein praktischem Gesichtspunkt, der darin besteht, dass es uns ausserordentlich erwünscht sein kann, dass die grosse bolschewistisch ^{konventionelle} ~~theoretische~~ Welle möglichst weit von der deutschen und infolgedessen auch von der schweizerischen Grenze fern gehalten wird.

Ich nehme an, dass die Erzählungen der - sei es einzeln, sei es in Sammeltransporten - aus Russland in die Schweiz zurückgekehrten Schweizer die Worte des Herrn Unterstaatssekretärs verständlich machen.

Ueber die politische ^{im Reichstage} Aussprache werden Sie durch die Presse längst genau orientiert sein, wenn dieser Bericht bei Ihnen eintrifft. Ich verzichte daher darauf, Ihnen schon Bekanntes zu wiederholen.

Ich wohnte der Eröffnungssitzung bei, in welcher der Reichskanzler sprach. Im Publikum scheint die Spannung sehr gross gewesen zu sein. Nicht nur der Sitzungssaal der Abgeordneten, sondern auch alle Tribünen und der Raum, wo sich die Regierungsvertreter aufhalten, waren vollgeprofft. Bald nach Schluss der Rede des Reichskanzlers, welche eigentlich nicht viel Neues brachte, nahm das Interesse ab und einer meiner Mitarbeiter, der den Reichstag gestern besuchte, meldete mir, er wäre allein in der Diplomatenloge gesessen.

Das Hauptmerkmal dieser Tage ist der stark demokratische Zug, der den Reichstag durchweht. Es werden mit einer Selbstverständlichkeit und Ruhe Sachen wie z. B. gegen die Krone oder gegen Konservative gesagt und angehört, die früher unmöglich gewesen wäre. In der Sitzung, an der ich diese Woche teilnahm, wurden die Konservativen mehrmals von einzelnen Rednern beinahe insultiert ohne dass sie irgendwie darauf reagierten, währenddem sie seinerzeit bei der Antrittsrede des Vizekanzlers Payer ^{ih} bei viel harm-

loseren Passagen niederzubrüllen versuchten und gleichzeitig mit Pultdeckeln und Fäusten trommelten. Der demokratische Zug scheint in den gebildeten Kreisen insbesondere z. B. auch der Rheinlande schon längst stark verbreitet gewesen zu sein. Ich konnte das bei der Reise durch das Industriegebiet verschiedentlich sehr deutlich konstatieren.

Als demokratische Neuerung ist speziell hervorzuheben, dass diese Woche zum ersten Male im deutschen Reichstage dem Reichskanzler " das Vertrauen des Parlaments" ausgesprochen wurde.

Bisher scheint die neueste Note von Wilson hier ruhig aufgenommen worden zu sein. Aus nicht-offiziellen Kreisen erfuhr ich, man meine, Wilson hätte bei ihrer Abfassung noch keine Kenntnis von den wichtigen Veränderungen in demokratischer Richtung gehabt. Im allgemeinen findet man, Wilson sei besser über die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands orientiert als man erwartet habe. Insbesondere wird die Hervorhebung des "Königs von Preussen" in der Note als taktisch sehr klug bezeichnet. Der Unterstaatssekretär von dem Bussche, den ich etwas auffragen wollte, trat nicht recht aus sich heraus, sagte aber, die Note sei unklar und man möchte gerne in der Lage sein zur Abklärung verschiedene Fragen zu stellen.

Die Forderung, die Waffenstillstandsbedingungen sollten ohne Herbeiziehung deutscher Militärs festgestellt werden, wird allgemein als unannehmbar betrachtet, überhaupt alle Bedingungen, welche das deutsche Heer von vornherein wehrlos machen.

Von der Abdankung des Kaisers wird hier immer mehr gesprochen. Auch in einzelnen Reden des Reichstages wurden nicht misszuverstehende Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Ebenso in der Presse.

Was für den Ausländer auffallend ist, dass^{ist} die Ruhe, mit der auch die gebildeten Kreise, Beamten und sogar Offiziere vom Rücktritt des Kaisers sprechen. Herr Legationsrat Dr.

Egger war kürzlich mit einem bayerischen Major in Uniform eingeladen, der den Rücktritt des Kaisers als eine ganz selbstverständliche Sache behandelte. Ich hatte gestern abend Gelegenheit, mit einem älteren Generalleutnant in wichtiger dienstlicher Stelle, mit dem ich schon länger im freundschaftlichen Verkehr stehe, zu sprechen. Ich füge bei, dass dieser Generalleutnant der gemässigten Richtung der konservativen Partei Preussens angehört. Er meinte, ohne einen Rücktritt des Kaisers werde es nicht abgehen. Seine Popularität sei nie sehr gross gewesen und durch den Krieg stark gesunken. Man verzeihe es ihm nicht, dass er in alles hineingeredet habe, auch in Dinge, die er nicht verstand und infolgedessen vieles nur oberflächlich ausgeführt habe. Insbesondere werfen ihm die militärischen Kreise vor, es seien dem unheilvollen Dilettanteneinfluss des Kaisers verschiedene ungünstige Situationen des gegenwärtigen Feldzuges zuzuschreiben. Insbesondere sei der Rückzug von der Marne im Jahre 1914 seine Schuld.

Der Generalleutnant meinte, das Opfer der Abdankung seitens des Kaisers sei unbedingt notwendig, um die Opferfreudigkeit des ganzen Volkes durch dieses gute Beispiel anzufachen.

Währenddem ich Ihnen in einem meiner letzten Berichte schrieb, der Kaiser wolle nicht abdanken, habe ich heute von meist gut orientierter Quelle gehört, er hätte zurücktreten wollen, die neuen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre hätten jedoch anlässlich ihres Antrittsbesuches beim Kaiser ihn gebeten, auf dem Tron zu bleiben.

Diejenigen Kreise, die die Abdankung des Kaisers für das richtige betrachten, finden, er hätte mit einem zeitlich etwas früheren Rücktritt noch bessere Figur gemacht und mehr erreicht.

Ueber die Person des Nachfolgers herrschen noch verschiedene Ansichten. Am meisten wird vom Enkel gesprochen. Statt eines Regenten hörte ich auch schon die Ansicht äussern, die neuen Staatssekretäre ohne Portefeuille (Kriegskabinet) sollten als

"Regentschaftsrat" anten.

Während die Regierungssozialisten sich bisher nicht für den Rücktritt des Kaisers ausgesprochen hatten, sollen sie ihn nunmehr auch verlangen. Die Stellung des Kaisers soll durch einen Brief stark erschüttert worden sein, den er vor etwa 20 Jahren an einen Pastor in Russland schrieb und in dem er den Reichstag als eine Gesellschaft von Juden und minderwertigem Gesindel (die genau- en Ausdrücke kenne ich nicht) behandelte. Ledebur soll diesen Brief ~~Extra~~ dieser Tage im Reichstag oder in einem Ausschusse verlesen haben. In der Zeitung las ich noch nichts davon.

Die militärische Lage an der deutschen Front scheint sich sowohl nach den Berichten der feindlichen Presse als auch nach hiesigen Meldungen verbessert zu haben. Die Moral der Truppen soll wieder gut, die Krisis überstanden sein. Es wird behauptet, an d der nun hinter uns liegenden Krisis seien nicht nur bolschewistisch- Einflüsse, sondern namentlich auch die Vernachlässigung des Mittelstandes Schuld gewesen. Der Mittelstand eingeklemmt zwischen den Kriegsgewinnlern und den enorm verdienenden Munitionsarbeitern etc. sei in eine derart prekäre Lage gekommen, dass die Mittelstandsfrau ihre Nerven verloren habe, was eine Rückwirkung bei den Männern, Brüdern und Söhnen an der Front ausgelöst habe.

Anlässlich einer Einladung hörte Herr Legationsrat Dr. Egger von einem Herrn von der Rohstoff-Zentrale, der etwas aus der Schule schwatzte, Deutschland sei nur noch auf ca. 6 Wochen mit Schmieröl gedeckt. Alles Schmieröl sei bisher aus Rumänien gekommen. Das Ausbleiben sei geradezu katastrophal.

Diese Meldung ist natürlich mit Vorsicht aufzunehmen, da, wie ich im Industriegebiet wahrnehmen konnte, die Fabriken und Werkstätten mit Rohstoffen und infolgedessen auch mit Oelen und

Fetten noch sehr gut eingedeckt sind. Diese Firmen haben eben überall auch etwas "gehamstert", was sie unumwunden zugaben.

Bezüglich der Verfassungsänderungen erlaube ich mir auf die gedruckte Beilage zu verweisen.

Heute höre ich auch von "Putschversuchen" von links und rechts sprechen.

Genau bin ich jetzt im letzten Momente vor Abgang des Kuriers noch nicht orientiert.

Doch ist zu konstatieren, dass die Linksstehenden und namentlich die Regierungssozialistischen Blätter die extremen Sozialisten abmahnen, der neuen Volksregierung in den Arm zu fallen. Auf der "rechten" Seite wird von einem Telegramm gesprochen, das Hindenburg oder Hindenburg und Ludendorff an die direkt unterstellten Generale abgehen liess und worin er die eventuelle Annahme der Wilson'schen Bedingungen als eine Schande bezeichnet haben soll.

Die Mehrheitsparteien sollen das als eine nach den heutigen Verfassungsansichten nicht mehr annehmbare Einmischung in die Politik betrachten und deshalb den Rücktritt von Hindenburg und Ludendorff gefordert haben. Der Kaiser soll geneigt gewesen sein, ihnen den Abschied zu geben. Doch fürchtete man den Stoss, den die Armee erhalten würde, falls Hindenburg abgehen sollte. Es sei dann die Frage aufgeworfen worden, ob nicht Ludendorff die Verantwortung für das Telegramm übernehmen und zurücktreten sollte, Hindenburg und Ludendorff hätten sich aber solidarisch erklärt. (Hindenburg soll sein Telegramm als keine politische Einmischung betrachtet haben, sondern lediglich als eine notwendige moralische Einwirkung auf seine Truppen, wie sie jedem Feldherrn gestattet sei.)

Heute soll wieder ein Kronrat stattfinden. Mein Gewährsmann meint, es werde nicht zur Abdankung von Hindenburg und

Ludendorff kommen, viel eher zu derjenigen des Kaisers.

Ich bringe diese Meldungen mit allem Vorbehalt, da mir keine Zeit mehr zur Verfügung stand, sie nachzukontrollieren.

Wegen Kurierabgang in Eile verfertigt!

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

L. Mercier